ANTRAG

			Vorlage-Nr.: A 06/0241
SPD-Fraktion			Datum: 06.07.2006
Bearb.	: Frau Sybille Hahn	Tel.: 506	öffentlich
Az.	:		

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Stadtvertretung

12.09.2006

Einwohnerbeteiligung durch Bürgerhaushalt; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 06.07.2006

Beschlussvorschlag

Einwohnerbeteiligung durch Bürgerhaushalt

- 1) Die Verwaltung erarbeitet auf Grundlage der Erfahrungen der Bertelsmann-Stiftung ein EinwohnerInnenbeteiligungsverfahren zum Bürgerhaushalt.
- 2) Für den Haushalt 2008/2009 wird die Verwaltung beauftragt, eine verständliche Darstellung des Haushaltsentwurfs zu erarbeiten. Dieser HH-Entwurf wird so früh wie möglich veröffentlicht.

Sachverhalt

Unter einem Bürgerhaushalt versteht man die direkte Beteiligung von EinwohnerInnen an der Aufstellung des öffentlichen Haushalts. Drei Schritte bilden den Kern:

- eine verständliche Darstellung des Haushalts
- die Beratung des Haushalts mit den EinwohnerInnen sowie
- die Rechenschaft über den Umgang mit den Empfehlungen der EinwohnerInnen zur Konsolidierung des öffentlichen Haushalts;
- Modernisierung der Verwaltung;
- Weiterentwicklung der Demokratie;

In Nordrhein-Westfalen führen die Bertelsmann-Stiftung und das Innenministerium ein Modellprojekt zum Bürgerhaushalt durch. Sechs Kommunen beteiligen sich daran. Der Schwerpunkt liegt auf der Information und Anhörung der EinwohnerInnen. Mehr Transparenz durch den Bürgerhaushalt soll hier auch die Modernisierung der Verwaltung voranbringen. In allen Kommunen wurde bereits für das Jahr 2003 ein Bürgerhaushalt aufgestellt. Bisherige Erfahrungen mit den verschiedenen Modellen zeigen, dass die EinwohnerInnen sich meist für sozial ausgewogene, sparsame und langfristig nützliche Entscheidungen aussprechen. Einzelne Klientelinteressen stoßen bei den EinwohnerInnen auf wenig Gegenliebe oder neutralisieren sich gegenseitig. KommunalpolitikerInnen und Verwaltungen, die sich für den Bürgerhaushalt einsetzen, gewinnen in der Bevölkerung an Rückhalt und Zustimmung. In Zeiten knapper Kassen ist der Bürgerhaushalt eine Chance, mit den erforderlichen Schwerpunktsetzungen genauer den Bedarf der EinwohnerInnen zu treffen. Die EinwohnerInnen können so an der Gestaltung ihrer Kommune stärker teilhaben und mehr Verantwortung übernehmen.

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in
-------------------	---------------------	---------------	--	--------------

Eine partizipative Haushaltsaufstellung wird mittlerweile in über 200 Kommunen in Deutschland, Frankreich, Portugal und Lateinamerika erfolgreich praktiziert. Das bekannteste Beispiel ist Porto Alegre in Brasilien. Die Vorgehensweisen sind sehr unterschiedlich, weisen aber drei gemeinsame Elemente auf:

- Eine nachvollziehbare Information für die EinwohnerInnen über die Schwerpunkte des Haushalts, die Schulden und rechtlichen Verpflichtungen sowie vorhandene Spielräume
- Sammlung von Vorschlägen und Schwerpunktsetzungen der EinwohnerInnen (mittels Versammlungen, Delegiertenräte, Fragebögen, Internet), die in unterschiedlichem Ausmaß in den Haushaltsbeschluss der Vertretung einfließen
- Rechenschaftsbericht der Kommunalverwaltung über die Umsetzung der EinwohnerInnenvoten

Negative Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt gibt es kaum.

Der größte Nachteil des Bürgerhaushalts dürfte im höheren Arbeitsaufwand für die Verwaltung liegen. Darüber hinaus gibt es vereinzelt weitere Vorbehalte gegen einen Bürgerhaushalt. Entscheidend wird die Frage sein, ob Politik und Verwaltung darauf setzen, ihre individuellen Entscheidungsspielräume zu sichern oder ihre Handlungsfähigkeit durch mehr Rückhalt bei den und Kooperation mit den EinwohnerInnen zu stärken. Die EinwohnerInnenbeteiligung bei der Haushaltsplanung löst nicht die Finanzschwierigkeiten der Kommune. Dennoch kommt der Veröffentlichung des Haushalts in verständlicher Form eine große Bedeutung zu, denn sie schafft bei der Bevölkerung Vertrauen und Akzeptanz für die Arbeit von Politik und Verwaltung. Außerdem ist das Verfahren potenziell kostendämpfend, da die Entscheidungen öffentlicher sind und Ideen und Angebote der EinwohnerInnen kostensenkend mit einbezogen werden können.